



0070/2016

12.9.2016

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 136 der Geschäftsordnung

zur Genehmigung neuer Technologien für die 112-Notrufdienste

**Monica Macovei (ECR), Patricija Šulin (PPE), Miroslav Poche (S&D),
Dubravka Šuica (PPE), Ivan Jakovčić (ALDE), Daniel Buda (PPE),
Tomáš Zdechovský (PPE), Nicola Caputo (S&D), Piernicola Pedicini
(EFDD), Branislav Škripek (ECR), Renata Briano (S&D), Salvatore Cicu
(PPE), José Inácio Faria (ALDE), Eleftherios Synadinos (NI)**

Fristablauf: 12.12.2016

Schriftliche Erklärung gemäß Artikel 136 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zur Genehmigung neuer Technologien für die 112-Notrufdienste¹

1. Der ständige technische Wandel und die Entwicklung der Märkte – insbesondere im Hinblick auf die Internet-Protokoll-Telefonie (Voice over Internet Protocol – VoIP), die sich auf digitale Plattformen stützt, mit denen eine Verbindung zu einer Vielzahl angeschlossener Geräte hergestellt wird – stellen die europäischen Bürger in Bezug auf den künftigen Zugang zur 112-Notrufnummer vor immer größere technische und regulatorische Herausforderungen.
2. Der 112-Notrufdienst weist mehrere Mängel auf: So sind sich beispielsweise nur 27 % der Bürger Europas seiner Existenz bewusst, das System für die Erkennung des genauen Standorts des Anrufers (durchschnittlich 2 km) ist fehlerhaft, und der Dienst verwendet eine ältere Technologie.
3. Die Kommission wird aufgefordert, eine ausgewogenere Finanzierung für den 112-Notrufdienst zu ermöglichen, insbesondere im Hinblick auf die Programme betreffend die Zugänglichkeit, die Identifizierung des genauen Anruferstandorts und die Genehmigung neuer Technologien.
4. Diese Erklärung wird mit den Namen der Unterzeichner dem Rat und der Kommission übermittelt.

¹ Gemäß Artikel 136 Absätze 4 und 5 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments wird die Erklärung, wenn sie die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erhalten hat, mit den Namen der Unterzeichner im Protokoll veröffentlicht und an die Adressaten übermittelt, ist für das Parlament aber nicht bindend.